

ihrer jeweiligen Heterogenität diese soziale Situation wider, sondern zum Teil auch das Hudsonal zwischen New York und Albany, in dem einige wenige Latifundienbesitzer Hunderttausende Hektar fruchtbaren Ackerlandes besaßen, die von einer wachsenden Zahl von Pächtern bewirtschaftet wurden.

Die Südatlantikkolonien von Maryland und Delaware bis Georgia schließlich hatten sich im Laufe des 18. Jahrhunderts zu Großerzeugern von in Europa zunehmend begehrten Agrarprodukten entwickelt, darunter insbesondere Tabak, Reis, Indigo und Baumwolle, die auf ausgedehnten Plantagen der Küstenregionen durch eine sogenannte Pflanzeraristokratie unter dem Einsatz einer wachsenden Zahl schwarzer Sklaven erzeugt wurden. Städte gab es hier mit Ausnahme von Charleston mit rund 10000 Einwohnern so gut wie keine, und die Verschiffung der Erzeugnisse nach Großbritannien erfolgte direkt über die wasserreichen Flüsse mittels britischer oder neuenglischer Schiffer. Wo die natürlichen Voraussetzungen für die Erzeugung dieser Produkte fehlten, etwa im Hinterland der Kolonien oder in North Carolina, dominierte die vergleichsweise kleine und bescheidene Familienfarm.

In diesen wirtschaftlich prosperierenden dreizehn Kolonien hatte sich im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts die Bevölkerung rund alle 25 Jahre verdoppelt, so dass gegen Ende der Kolonialzeit rund 2,5 Millionen Menschen in ihnen lebten, von denen etwa ein Fünftel schwarze Sklaven waren, die zu rund 90% im Süden lebten. Die weiße Bevölkerung verteilte sich nahezu gleichmäßig auf die drei Sektionen der Neuengland-, Mittel- und Südatlantikkolonien und hatte nunmehr die Küstenregion vom südlichen Maine, das zu Massachusetts gehörte, bis nach Georgia durchgehend besiedelt, während im Westen von Pennsylvania bis nach North Carolina der Ostabhang der Appalachen bereits weitgehend erreicht worden war.

Bedenkt man, dass sich diese Besiedlung der Küstenregion über eine Länge von nahezu 2000 Kilometer erstreckte und bis zu etwa 300 Kilometer landeinwärts vorgedrungen war, wird nicht nur deutlich, dass dem lokalen Umfeld in seiner relativen Isolation eine erhebliche Bedeutung zukam, sondern auch, dass

mangels einer hinreichenden Infrastruktur die sich herausbildende koloniale Gesellschaft noch kaum eine den eigenen überschaubaren Raum oder gar die Grenzen der eigenen Kolonie überschreitende Form annehmen konnte. Jede Tätigkeit, sei es im Alltagsleben wie in der Arbeitswelt oder im politischen Bereich, hatte daher zunächst zwangsläufig ein lokales, bestenfalls enges regionales Bezugsfeld, in dem Veränderungen eher von innen als von außen erfolgten. In dieser individualisierten Welt kam daher von Anbeginn der Eigenverantwortung und der Eigeninitiative ein hoher Stellenwert in der Lebensbewältigung zu, ein Charakterzug, der sich bis zur Gegenwart im amerikanischen Leben – man denke nur an die Sozialstaatsproblematik – sehr viel folgenreicher bemerkbar macht als in Europa.

Diese Charakteristika amerikanischen Lebens wurden wesentlich begünstigt durch das System der englischen Kolonialverwaltung. Nicht nur dass es hier außer im Fall des Postwesens praktisch an übergreifenden Strukturen fehlte, auch die Besonderheiten der Verwaltung der einzelnen Kolonien förderten indirekt diese Individualisierungstendenzen. Indem es den kolonialen Parlamenten getreu ihrem Vorbild in Westminster gelungen war, sich die Finanzhoheit zu sichern, kontrollierten sie neben den Einnahmen auch weitgehend die Ausgaben der Kolonien bis hin zu den Gehältern und Aufwandsentschädigungen der Amtsinhaber, angefangen mit dem Gouverneur. Damit konnten sie einen erheblichen Einfluss auf die Politik der Kolonien nehmen bzw. in Konfliktzeiten die imperiale Politik der Londoner Regierung, vertreten vor Ort durch den Gouverneur, nachhaltig stören. Indem es den *Assemblies* im Verlauf des 18. Jahrhunderts gelang, das gesamte parlamentarische Verfahren in ihren Kolonien zu kontrollieren und ihren damit gewonnenen Einfluss bis in die Exekutive auszudehnen, vermochten sie Männer ihres Vertrauens anstelle jener des Gouverneurs in Exekutivämter, etwa als Steuerbeamte, aber auch als Richter, zu entsenden, womit eine Stabilisierung der Herrschaft im Sinne der britischen Kolonialpolitik zunehmend erschwert wurde. Damit verschoben sich die politischen Gewichte in den Kolonien zusehends hin zu den gewählten Versammlungen, während zugleich

die Autorität der britischen Regierung ins Wanken geriet und es ihr immer schwerer wurde, sich durchzusetzen.

Mit diesen innerkolonialen Machtverschiebungen, die für die Stabilität des britischen Reiches von weitreichender Bedeutung werden sollten, war es zumal den sozioökonomischen Eliten im etablierten Osten der Kolonien gelungen, weitreichenden Einfluss auf die Politik ihrer Kolonien zu gewinnen. Doch nicht nur die britischen Interessen waren damit latent beeinträchtigt, auch jene der Siedler in den neuen Siedlungsgebieten im Westen, die sich nicht nur politisch unterrepräsentiert, sondern auch in ihren speziellen Belangen kaum berücksichtigt und häufig völlig alleingelassen fanden. Neben der fortschreitenden Individualisierung war damit an die Stelle einer wachsenden Konsolidierung der britischen Macht in den amerikanischen Kolonien im Laufe von anderthalb Jahrhunderten ihre schleichende Erosion getreten.

## II. Das Zeitalter der Revolution (1763–1789)

Diese latente Erosion der britischen Machtposition in ihren amerikanischen Kolonien war der Regierung in London am Ende des Siebenjährigen Krieges, der in den Kolonien *French and Indian War* genannt wurde, keineswegs bewusst. Vielmehr konnte man sich in dem Gefühl, einen großen Sieg errungen zu haben: Die britische Herrschaft war nicht nur in Indien gefestigt, es war auch gelungen, Frankreich vom nordamerikanischen Kontinent zu verdrängen. Man hatte das französische Quebec erobert, und Frankreich musste seinen Besitz am Unterlauf des Mississippi, Louisiana, an Spanien abtreten. Damit war die Gefahr einer Umklammerung der britischen Kolonien an der nordamerikanischen Ostküste durch Frankreich gebannt, und aus Sicht der Kolonisten schien eine weitere Ausdehnung nach Westen jenseits der Appalachen nur noch eine Frage der Zeit.

Diese Hoffnungen bekamen ihren ersten Dämpfer mit der

Königlichen Proklamation vom 7. Oktober 1763. Sie legte den Hauptkamm der Appalachen als westliche Grenze für weiße Besiedlung und Landkäufe fest und behielt das Gebiet zwischen Appalachen und Mississippi den Ureinwohnern vor. Damit sollten künftige Konflikte zwischen Siedlern und der autochthonen Bevölkerung und deren Überfälle und die Unsicherheiten an den Grenzen der weißen Siedlungen vermieden werden.

Der Unmut in den Kolonien über diese Maßnahme, die den kolonialen Interessen keinerlei Rechnung trug, sollte schon wenige Monate später neue Nahrung durch ein Parlamentsgesetz erhalten, das – unter dem Zwang der kriegsbedingt dramatisch gestiegenen Staatsschuld – in der Nachkriegswirtschaftskrise ein erster Schritt war, das vergrößerte Weltreich neu zu ordnen und einen Teil der Kosten für die imperiale Verwaltung auf die Kolonien abzuwälzen. Mit diesem «Amerikanischen Fiskalgesetz» von 1764, das in den Kolonien allgemein als «Zuckergesetz» bezeichnet wurde, galt die Politik der «wohlwollenden Vernachlässigung» endgültig als beendet. Das Gesetz sollte mehr Geld in die britische Staatskasse bringen. Doch die vor allem in Neuengland wortreich vorgetragene Empörung richtete sich insbesondere dagegen, dass der Zoll auf westindische Molasse, dessen Erhebung man in der Vergangenheit einfach hatte umgehen können, nunmehr rigoros eingetrieben werden sollte. Auch das nachfolgende «Währungsgesetz», das in allen Kolonien die weitere Ausgabe von Papiergeld zur Minderung der permanenten Kapitalknappheit kategorisch untersagte, verbitterte die Kolonien, da die britische Politik offensichtlich nicht bereit war, kolonialen Wirtschaftsinteressen Rechnung zu tragen. Jenes Gefühl, zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht Bürger zweiter Klasse zu sein, bereits in der Vergangenheit durch vielfältige Produktions- und Handelsbeschränkungen zugunsten britischer Wirtschaftsinteressen genährt, fand rasch neue Bestätigung. Als in dieser Situation die britische Regierung 1765 noch ein Einquartierungsgesetz und ein Stempelsteuergesetz erließ, schien der Angriff auf die Rechte und Freiheiten der Kolonien unverhohlen.

In allen Kolonien formierte sich der Protest, in dem rasch

radikale Töne angeschlagen wurden. Die britischen Gesetze, so hieß es, würden die Kolonien ruinieren. Sie seien «verfassungswidrig», denn schließlich sei es ein eherner britischer Verfassungsgrundsatz, dass Steuern nur durch das Volk selbst mittels seiner gewählten Vertreter beschlossen werden könnten. Die Kolonien aber seien nicht im Parlament von Westminster vertreten. Das Wort von *No Taxation without Representation* (Keine Steuer ohne Mitwirkung) machte die Runde. Es bildeten sich Geheimorganisationen, die bald unter dem Namen «Freiheits-söhne» bekannt werden sollten und die Forderung nach Volkssouveränität erhoben. Aufgebrachte Demonstranten gingen gegen die offiziellen Vertreter der britischen Kolonialherrschaft vor und zwangen alle, die sich bereit erklärt hatten, ab 1. November 1765 die Stempelsteuer in den Kolonien einzutreiben, ihre Bestallung aufzukündigen. Auch die Elite bekräftigte ihre Position und verabschiedete im Oktober 1765 auf dem von ihr eigens einberufenen Stempelsteuernkongress, auf dem neun der dreizehn Kolonien vertreten waren, eine Erklärung ihrer Rechte und Beschwerden mit der Forderung nach Rücknahme des verhassten Gesetzes. Parallel dazu beschlossen die Kaufleute von New York, Philadelphia und Boston, bis zur Rücknahme des Gesetzes keine Waren mehr aus Großbritannien einzuführen. Die Stempelgesetzkrise hatte die britische Regierung, die mit der tatsächlichen Situation in den amerikanischen Kolonien und ihrem schleichenden Autoritätsverlust wenig vertraut war, völlig unvorbereitet getroffen, zumal es die Kolonien geschickt verstanden hatten, durch die Einfuhrverweigerung ihre Opposition in das Mutterland selbst zu tragen. London blieb keine andere Wahl, als das Gesetz zurückzunehmen, nicht ohne zugleich ein Gesetz zu verabschieden, mit dem Regierung und Parlament ihren Rechtsanspruch bekräftigten, auch zukünftig jedwedes Gesetz für die Kolonien erlassen zu können.

Man mag darüber diskutieren, welche der beiden Maßnahmen der angeschlagenen britischen Autorität in den Kolonien mehr Schaden zugefügt hat. Denn in den Jubel über die Rücknahme des Stempelgesetzes mischte sich das Bewusstsein, durch die vereinte Opposition aller Kolonien sowie der Elite und der